

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

## Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/118: 27.02.2010 – 01.01.2011

27.02.2010

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>Vom Erwerbszwang befreit

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt "100-mal neues Leben" beteiligt ist.

"Wir sehen, daß es künftig Vollbeschäftigung, so wie wir sie kennen, nicht mehr geben wird. Trotzdem gibt es viel zu tun – oder anders ausgedrückt: Erwerbsarbeit gibt es nicht mehr für alle, Arbeit gibt es genug", gibt die Breuninger-Stiftung zu bedenken. Sie will nun testen, was passiert, wenn man 100 Interessenten monatlich 800 Euro auszahlt und ihnen die Existenzsorgen nimmt. Hochschulabsolventen, Frührentner und Hartz-IV-Empfänger: Jeder kann sich bewerben.

Die Karlsruher Wissenschaftler überprüfen dann, inwieweit die Projektteilnehmer die angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen oder ehrenamtliche Tätigkeiten annehmen. Nutzen diese Menschen die Chance, Arbeit als Möglichkeit der Selbstverwirklichung zu sehen und bleiben aktiv? Wie wird ihre neue Tätigkeit anerkannt? Wenn ja, wie verändert das bedingungslose Grundeinkommen ihr psychisches Wohlbefinden?

Dieses sehr philanthropisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus. Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck

Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern"-Autor Walter Willenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?"

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<

**09.04.2010**

**BRD:** Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 9. April 2010: >>Zehn Merkel-Opfer: Kohl, Merz und die SPD

Wer sich bis zur Spitze der Macht hoch kämpft, muß sich durchgeboxt und Feinde besiegt haben. Merkel hat in zehn Jahren vor allem Männer aus dem Weg geräumt, die ihren Aufstieg verhindern wollten.

**Helmut Kohl**

Den Bruch mit dem Altkanzler vollzog Merkel 1999 öffentlich in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Während der Rest der Partei sich trotz der Spendenaffäre noch nicht vom Übervater der CDU abnabeln konnte, fand die damalige Generalsekretärin deutliche Worte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Anfang 2000 wurde Kohl von der CDU offiziell aufgefordert, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen - der Altkanzler trat gekränkt zurück. "Sie konnte das machen, weil sie eben nicht total abhängig von ihm war - sie hatte ein Leben vor Kohl, das hatten die anderen in dieser Form nicht. Deshalb war sie bereit, ihn zu stürzen", beschrieb der Journalist Dirk Kurbjuweit Merckels Handeln.

**Wolfgang Schäuble**

Er war Parteichef, sie seine Generalsekretärin: Schon zu Beginn von Merckels Karriere in der CDU war das Verhältnis klar. Schäuble stand als langjähriger Minister in der Hierarchie über ihr. Der Partei- und Fraktionschef geriet allerdings in die Untiefen der CDU-Spendenaffäre und mußte schließlich 2000 zurücktreten. Merkel sägte ihren Chef also nicht ab, doch profitierte sie von seiner Krise: Die Generalsekretärin ergriff die Chance und rückte mit Rücken- deckung der Basis am 10. April 2000 auf den Chefposten der CDU. Daß Merkel 2004 Schäubles Kandidatur zum Bundespräsidenten verhinderte, belastete ihr Verhältnis weiter. Doch Schäuble ist zu loyal und zu pflichtbewußt, um allzu nachtragend zu sein. Seit 2005 ist er eine Stütze der Merkel-Kabinette.

**Laurenz Meyer**

Laurenz wer? Meyer war vier Jahre lang Generalsekretär der CDU, von 2000 bis 2004. Er begann seine Amtszeit unter Merkel schon am ersten Tag mit einem mißlungenen Scherz: "Ich habe eine viel stärkere Position als Polenz. Einen zweiten Mißgriff können Sie (Merkel) sich nicht leisten." Meyer spielte damit auf die nur siebenmonatige Amtszeit seines Vorgängers Ruprecht Polenz an. Doch Merkel leistete sich den Mißgriff und ersetzte den glücklosen Meyer 2004 durch Ronald Pofalla.

**Friedrich Merz**

Er wollte eine Steuerreform auf einem Bierdeckel entwerfen, galt als Wirtschaftsexperte und

rhetorisches Goldstück der Union: Friedrich Merz hatte Wolfgang Schäuble als Fraktionschef beerbt und schickte sich an, den Machtkampf mit seiner Parteichefin zu suchen. Zum Verhängnis wurde ihm, daß CSU-Chef Edmund Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 Angela Merkel unterstützte und ihr zur Mehrheit für den Fraktionsvorsitz von CDU und CSU verhalf. Merz mußte in die zweite Reihe zurück und durfte als Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize noch ein dreistufiges Steuermodell für einen Bierdeckel entwerfen. 2004 hatte er genug und trat als Fraktionsvize zurück. Dann nahm er schließlich ganz Abschied von der Politik: Seit 2009 sitzt er nicht mehr im Bundestag.

### **Edmund Stoiber**

Das schon legendäre "Wolfratshausener Frühstück" im Jahr 2002 galt zunächst als Triumph des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten über die zaudernde CDU-Chefin. Stoiber wurde Kanzlerkandidat, forderte Gerhard Schröder heraus, feierte sich am Wahlabend für einige Minuten bereits als Sieger und verlor dann doch noch. Im Rückblick erwies sich Merkels Rückzieher als strategischer Gewinn, Stoiber Siegerimage war beschädigt - der größte Konkurrent besiegt. Als Merkel ihn 2005 als Super-Wirtschaftsminister in ihr Kabinett holen wollte, zog Stoiber im letzten Moment zurück und warf sich damit endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Merkel schickte ihn nach seinem Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident zum Bürokratie-Abbau nach Brüssel. Dort ist Stoiber zwischen den Aktenbergen verschwunden.

### **Volkspartei SPD**

Es war einmal eine sozialdemokratische Volkspartei, die sich nach dem Verlust ihrer Kanzlerschaft 2005 in eine Große Koalition retten wollte. Die SPD-Politiker dachten, sie könnten der Regierung ihren Stempel aufdrücken und die neoliberale Kanzlerin vor sich hertreiben. Doch Merkel zog sozialdemokratische Seiten auf und grub dem Koalitionspartner das Wasser ab. Die SPD-Vorsitzenden wechselten, Merkel blieb. Bei den Wahlen 2009 zeigte sich dann, daß nur noch wenige Wähler für die SPD übrig waren: Etwas mehr als 20 Prozent. Seitdem sucht die SPD ihre alten Wähler. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann sucht sie sie noch heute.

### **Der Andenpakt**

Die Mitglieder des sogenannten Andenpakts verfolgten Merkel über Jahre. Es war ein Männerbündnis aus Zeiten der Jungen Union. In diesem Pakt hatten sich Jungpolitiker die Treue geschworen, die allesamt noch etwas werden wollten: Unter anderem Roland Koch, Christian Wulff, Friedbert Pflüger, Friedrich Merz, Franz Josef Jung und Matthias Wissmann. 2003 flog das Bündnis auf. Merkel wußte nun, warum CSU-Chef Stoiber 2002 Kanzlerkandidat geworden war und nicht sie selbst: Der Pakt hatte ihre Kandidatur verhindert.

Inzwischen gilt das Bündnis aber als aufgelöst, Merkel hat die wichtigsten Mitglieder domestiziert oder erledigt. Von der einstigen Loyalität scheint nicht mehr viel übrig, wie ein Blick auf die Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen zeigt. Koch wurde zuletzt von Wulff im Landtagswahlkampf mit seiner Hetze gegen kriminelle Ausländerkinder im Regen stehen gelassen.

### **Günther Oettinger**

Ein Mitglied des Andenpakts war bis zum Ende seiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident einer der verlässlichsten Kritiker Merkels. Günther Oettinger forderte wiederholt, das konservative Profil der CDU zu schärfen oder auch "Union pur" in der Regierung durchzusetzen. Als Oettinger bei einer Trauerrede für den früheren CDU-Politiker und NS-Marinerichter Hans Filbinger zu viel Unschärfe am rechten Rand erkennen ließ, bekam er von Merkel einen ordentlichen Rüffel. 2009 schlug die CDU-Chefin Oettinger als EU-Kommissar vor und schaffte sich den Kritiker damit vom Hals.

### **Roland Koch**

Der konservative Hardliner aus Hessen galt lange Zeit als großer Konkurrent Merkels, auch

das Kanzleramt schien vor ihm nicht sicher. Daß er den SPD-Politiker Hans Eichel 1999 mit Hilfe einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als hessischen Ministerpräsidenten abgelöst hatte, begründete seinen Erfolg und sein Image. Doch Koch bekam keine Chance auf einen höheren Posten und machte auch nicht den Fehler anderer Ministerpräsidenten, sich in Merkels Kabinett locken zu lassen. Die Zeit spielte gegen Koch, Merkel wußte das. Längst kann er ihr nicht mehr gefährlich werden. Und so betont er stets seine Loyalität. "Angela Merkel macht ihren Job sehr gut!", sagte er bereits 2006 der "Bild"-Zeitung. Und 2010 dem "Hamburger Abendblatt": "In einer großen Volkspartei ist der Führungsstil, den Angela Merkel pflegt, alternativlos."

### **Christian Wulff**

Man kann es sich heute kaum noch vorstellen, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident galt einmal als Merkel-Konkurrent. Im dritten Anlauf eroberte er überraschenderweise doch noch die Staatskanzlei in Hannover. Seine Beliebtheit als Landesvater ließen Spekulationen über weitergehende Ambitionen sprießen. Doch Wulff blieb bescheiden und sprach sich schließlich sogar die Fähigkeit zum Bundeskanzler ab. Dem "Stern" sagte er: "Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen." Er wolle weder Bundeskanzler noch Minister in Berlin werden. "Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler." <<

**07.05.2010**

**Frankreich:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Mai 2010 über den Schuman-Plan: >>**Erst einmal Kohle und Stahl**

Vor sechzig Jahren verkündete Außenminister Robert Schuman in Paris einen Plan, der die schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf eine völlig neue Grundlage stellte. Damals begann die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration.

Am 9. Mai 1950 trat der französische Außenminister Robert Schuman im Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, der die Grundlage für eine neue Ordnung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas schaffen sollte. Im Namen seiner Regierung schlug er vor, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands zusammenzulegen und einer gemeinsamen supranationalen Hohen Behörde zu unterstellen.

Der Schuman-Plan, wie die Initiative alsbald genannt wurde, richtete sich in erster Linie an Deutschland, vorgesehen war aber auch eine Beteiligung anderer europäischer Staaten. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion sollte die Voraussetzungen für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung - als erste Etappe der europäischen Einigung - schaffen. So wollte Schumann dafür sorgen, "daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist".

Großbritannien teilte am 3. Juni 1950 mit, es könne und wolle nicht an den Verhandlungen teilnehmen, die später zum Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) führten. Da die Briten eine intergouvernementale Zusammenarbeit bevorzugten, überraschte diese Entscheidung nicht. London wollte das neue Europa auf den Fundamenten des Europarats und der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) errichten. Ob Frankreich damals gezielt auf den Ausschluß Großbritanniens von den Verhandlungen über die Montanunion hingearbeitet hat, wird unter Historikern bis heute debattiert.

Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman litt an den starren Grenzen, die der Nationalismus in Europa gezogen hatte. Er war 1886 in Luxemburg als Sohn eines durch die Annexion Elsaß-Lothringens zum Reichsdeutschen gewordenen lothringischen Vaters und einer luxemburgischen Mutter zur Welt gekommen. Zweisprachig mit Deutsch und Französisch aufgewachsen, galt er als Reichsdeutscher mit luxemburgischer Muttersprache. Schuman besuchte die Schule

in Luxemburg und legte im lothringischen Metz das Abitur ab. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, München, Berlin und Straßburg wurde er 1911 in Berlin promoviert. Zwei Jahre später organisierte er in Metz den Deutschen Katholikentag.

Im Ersten Weltkrieg noch deutscher Soldat, wurde Schuman 1919, weil seine Heimat nun wieder zu Frankreich gehörte, französischer Staatsbürger. Als bald vertrat er Lothringen als Abgeordneter in der Nationalversammlung. Nach der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland wurde er von der Gestapo verhaftet. Er konnte jedoch fliehen und sich bis Kriegsende in einem Kloster verstecken. Dann gewann Schuman rasch Einfluß in der Politik. Er wurde 1946 Finanzminister und 1947 Ministerpräsident. Zwischen 1948 und 1952 gehörte er acht Kabinetten der Französischen Republik als Außenminister an.

Wie Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi, die anderen Gründerpersönlichkeiten der europäischen Einigung, hatte Schuman in einem umkämpften Grenzraum gelebt. De Gasperi stammte aus Südtirol, Adenauer hatte nach dem Ersten Weltkrieg den Kampf um das Rheinland miterlebt. Als der ganze Kontinent in Trümmern lag, wollten sie alles tun, um den Grenzen in Europa künftig ihren trennenden Charakter zu nehmen. Daß sie Katholiken waren und somit einer übernationalen Glaubensgemeinschaft angehörten, half ihnen, ihren Patriotismus, den sie nie verleugneten, zu bändigen.

Weil Frankreich zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gehörte, tat Schuman den ersten Schritt. Er hätte damals die traditionellen Reflexe des französischen Sicherheitsdenkens fortführen können: Nach dem Sieg über Deutschland müsse man sich vor dessen Wiedererstarken hüten, denn irgendwann könne Deutschland versuchen, Revanche zu nehmen.

Die meisten Politiker beider Länder verstanden die gegenseitigen Beziehungen nur als Nullsummenspiel: Ein Gewinn für das eine Land mußte mit einem Verlust für das andere einhergehen. Diese Logik führte zu Konzepten der Machtbalance, einem um sich greifendem Nationalismus und schließlich zu Aggression und Revanche - jenem Teufelskreis, aus dem die europäischen Politik im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ausbrechen konnte.

Schuman wollte diese verhängnisvolle Logik revidieren. Er strebte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil an. Zum Wohle der eigenen Wirtschaft suchte Frankreich Zugang zu den Rohstoffen in Deutschland. Das konnte nur gelingen, wenn die Mengenbeschränkungen, die den Deutschen nach 1945 auferlegt worden waren, aufgehoben würden. Die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl war der Inbegriff eines materiellen Interessenkalküls.

Es ging aber auch um politische Symbole und die wichtigsten Ressourcen zur Kriegführung. Mit Kohle und Stahl lassen sich Panzer und Gewehre bauen, aber auch Eisenbahnen, die Soldaten an die Front transportieren. Diese Ressourcen sollten nun einer gemeinsamen Aufsicht unterstellt und somit ihrer nationalen Instrumentalisierung entzogen werden. Das war der erste Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Kooperation und der Integration. Daß sein Traum von einer Logik des Friedens Wirklichkeit werden würde, konnte Schuman nicht wissen. Er war sich nicht einmal sicher, ob aus seinem Vorschlag überhaupt eine politische Tat werden würde.

"Europa", hieß es im Schuman-Plan, "läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen." Genannt wurden vier vorrangige Ziele: die Modernisierung und Qualitätsverbesserung der Produktion; die Schaffung gleicher Bedingungen für die Lieferung von Kohle und Stahl auf den Märkten der beteiligten Länder; die Festlegung gemeinsamer Bedingungen für die Ausfuhr von Kohle und Stahl in Drittländer; sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiter in der Kohle- und Stahlindustrie.

Als Schuman seinen Plan verkündete, verhandelte die junge Bundesrepublik Deutschland gerade über ihre Mitgliedschaft im Europarat. Ob die Saar zu Frankreich oder zu Deutschland

gehören sollte, war noch nicht geklärt. Im März 1950 hatte Bundeskanzler Adenauer, der damals wegen der eingeschränkten Souveränität Westdeutschlands zugleich Außenminister war, in einem Interview die Bildung einer europäischen politischen Union vorgeschlagen. Das gefiel Charles de Gaulle, dem späteren Staatspräsidenten. Wachsender sowjetischer Druck, so de Gaulle am 16. März 1950, werde eine Union zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen, die das Werk Karls des Großen fortsetzen und erneuern könne.

Der Schuman-Plan wurde drei Tage vor der Londoner Konferenz der amerikanischen, britischen und französischen Außenminister vorgelegt, die sich noch einmal mit der deutschen Frage befaßte. Am Vormittag des 9. Mai 1950 tagte in Bonn das Kabinett, um den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zu erörtern. Adenauer wollte vor dem Londoner Treffen der westlichen Siegermächte ein klares Signal für die Europa-Orientierung Deutschlands geben. Während der Kabinettsitzung wurde er über den Vorschlag Schumans informiert.

Dessen Plan, schrieb Adenauer in seinen Erinnerungen, "entsprach voll und ganz meinen seit langem vertretenen Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien". Deshalb habe er Schuman unverzüglich mitgeteilt, "daß ich seinem Vorschlag aus ganzem Herzen zustimme".

In einer Pressekonferenz am Abend sprach sich Adenauer für den Vorschlag Schumans aus. "Ich betonte nachdrücklich", schreibt er in den Erinnerungen, "daß ich ihn als einen großherzigen Schritt Frankreichs und seines Außenministers Schuman gegenüber Deutschland und gegenüber der europäischen Frage betrachte. ... Ich erklärte, die Zusammenlegung der Grundproduktion von Kohle, Eisen und Stahl schaffe eine echte Voraussetzung dafür, daß zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft jeder Konflikt ausgeschaltet sein werde."

Schuman hatte am 9. Mai 1950 vom Ziel einer europäischen Föderation gesprochen. Wie Adenauer äußerte sich auch die amerikanische Regierung Präsident Harry S. Trumans sofort zustimmend zu dem französischen Vorschlag. Die Vereinigten Staaten hatten seit einiger Zeit Unmut über den Stillstand bei der Neuausrichtung Europas gezeigt. Trumans Außenminister Dean Acheson hatte Schuman verschiedentlich bedeutet, daß Frankreich angesichts des härter werdenden Konfrontationskurses der Sowjetunion gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland Bewegung zeigen müsse. Im Raum standen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihre mögliche Aufnahme in die 1949 gegründete Nato.

Beim Abfassen seines Planes konnte sich Schuman der Unterstützung eines Mannes versichern, der mit den Interessen der Vereinigten Staaten besser vertraut war als die meisten Franzosen. Jean Monnet, der Chef des französischen Planungskommissariats (1946 bis 1950), war maßgeblich an der Ausarbeitung beteiligt. Dazu gehörte auch Pierre Uri, der schon wenige Jahre später mit Hans von der Groeben auf deutscher Seite und wenigen anderen Mitstreitern die Römischen Verträge entwerfen sollte.

Im Zuge dieser Verhandlungen 1955/56 kamen Uri und von der Groeben zu der Auffassung, daß die wirtschaftliche Integration eines Tages zu einer gemeinsamen Währung führen müsse. Schließlich gehe es in erster Linie um ein politisches Projekt, auch wenn alles so technisch aussehe und bürokratische Regelungen erfordere. Der erste Schritt auf diesem langen Weg war der Schuman-Plan.

Im Detail gehen die Vorstellungen über die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl unter der Aufsicht einer Hohen Behörde auf Monnet und seine Mitarbeiter im französischen Planungskommissariat zurück. Er war es auch, der eine transatlantische Perspektive in die Verhandlungen einbrachte. Mit John McCloy, dem damaligen amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, war Monnet schon seit den zwanziger Jahren bekannt. Damals vertrat der Sohn eines Weinbrand-Produzenten aus dem Städtchen Cognac mit langjährigen Verbindungen nach Nordamerika eine New Yorker Bank, und McCloy arbeitete für eine Anwaltskanzlei an der Wall Street.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges organisierte Jean Monnet die kriegswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien. Von 1940 bis 1943 arbeitete er im Auftrag der Briten in Washington an Plänen für die Umstellung der amerikanischen Wirtschaft von einer Friedens- zur Kriegsproduktion ("Victory Program"). In lebhaften Kontakten zu Mitarbeitern der Regierung Roosevelt wurde aber auch schon darüber nachgedacht, wie die spätere Rückkehr von der Kriegs- zur Friedensproduktion so gestaltet werden könne, daß zugleich ein Europa der Kooperation und Integration entstünde.

Wenn damals europäische Föderalisten wie Coudenhove-Kalergi, aber auch Winston Churchill von den "Vereinigten Staaten von Europa" sprachen, hatten sie fast immer das amerikanische Modell als Referenzpunkt vor Augen, um zu fragen, welchen Mechanismus Europa wählen solle, um die Logik des Krieges durch die Unausweichlichkeit des Friedens zu ersetzen.

Als Leiter des Planungskommissariats war Monnet für den 1948 aus Mitteln des Marshall-Planes finanzierten Wiederaufbau der französischen Wirtschaft verantwortlich. Später übernahm er den Vorsitz der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, die vom 21. Juni 1950 an in nur wenigen Monaten über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verhandelte. Die Verschränkung der transatlantischen Interessen spielte eine wichtige Rolle, als sich bei der Gestaltung der europäischen Politik zum ersten Mal ein supranationaler Ansatz herausbildete. Während der Schuman-Plan-Konferenz wurde im Umfeld der amerikanischen Botschaft in Paris eine begleitende Arbeitsgruppe gebildet.

Adenauer hatte dem Frankfurter Rechtsprofessor Walter Hallstein die Leitung der deutschen Verhandlungsdelegation in Paris übertragen. Im September 1950 berief er ihn zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Auch Hallstein verfügte über gute Kontakte in die Vereinigten Staaten. Er war 1944/45 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen und hatte 1948 als Gastprofessor an der Georgetown-Universität in Washington gelehrt.

Als Berater der deutschen Delegation auf der Schuman-Plan-Konferenz zog er unter anderen den aus Frankfurt stammenden Anwalt Heinrich Kronstein heran, der während der nationalsozialistischen Herrschaft emigriert war und eine Professur an der Georgetown-Universität hatte. Hallstein wurde 1958 der erste und bisher einzige deutsche Präsident der Europäischen Kommission.

Nur wenige Tage nach Beginn der Schuman-Plan-Konferenz brach der Korea-Krieg aus. Das mit der Sowjetunion verbündete Nordkorea hatte die Demarkationsgrenze am 38. Breitengrad überschritten und war in Südkorea einmarschiert. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Schutzmacht für und in Europa trat nun noch deutlicher hervor. Ohne Amerika wäre die europäische Wirtschaftsintegration nicht möglich gewesen. Und Konrad Adenauer sprach davon, daß der Osten Deutschlands und Europas eines Tages von dem Erfolg dieser Bemühungen angezogen werden würde. Man nannte das damals Magnettheorie.

Mit seiner Initiative vom 9. Mai 1950 ist Robert Schuman bewußt aus dem fatalen Kreislauf ausgebrochen, bei dem die europäischen Nationalstaaten ihre Sicherheit stets gegeneinander definiert hatten. Von nun an sollte Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden. Entscheidend war das völlig neue Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Diese beiden Länder sollten auch jetzt und in Zukunft immer wieder der Motor sein, der das europäische Einigungswerk voranbringt - gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen.

Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg beschritten damit den Weg einer supranationalen Integration Westeuropas. Institutionen wie die Hohe Behörde (mit Jean Monnet als erstem Präsidenten), die Gemeinsame Versammlung (unter dem Vorsitz Paul-Henri Spaaks, des

späteren Nato-Generalsekretärs aus Belgien), der Besondere Ministerrat und der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl waren allesamt ein Novum in der europäischen Geschichte.

Während in der Hohen Behörde das supranationale Prinzip zum Ausdruck kam, fungierte der Ministerrat als intergouvernementales Bindeglied zwischen der Hohen Behörde und den Mitgliedstaaten der EGKS in der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Das Zusammenwirken supranationaler und intergouvernementaler Elemente wurde so zum Kern des europäischen Integrationsprozesses. Dieses Mit-, Neben- und manchmal auch Gegeneinander war das Merkmal aller späteren Integrationschritte. Zugleich entstand ein System wechselseitiger Verschränkungen und Abhängigkeiten, so daß heute von einer soliden interinstitutionellen Balance gesprochen werden kann.

Am 25. März 1957 wurde mit den Römischen Verträgen der in der EGKS erprobte Ansatz weitergeführt und der Schritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und in die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) getan. Viel Arbeit lag vor den Signatarstaaten, und kaum jemand konnte vorhersehen, wie sich der künftige Weg Europas gestalten würde. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatte der Weg zur Marktintegration begonnen. Fortan gab es für die Mitgliedstaaten weder Zollschränken noch Mengenbeschränkungen bei der Produktion von Kohle, Eisenerz, Schrott und Edelstahl. Daß die Integration über die reine Marktintegration weit hinausgehen würde, stand den Gründervätern der europäischen Einigung jedoch klar vor Augen.

Wichtige Etappen dieses Weges, der mit dem Schuman-Plan begann, führten trotz vieler Schwierigkeiten und Widerstände zu einer vertieften Integration: Die Europäische Gemeinschaft erhielt 1971 einen eigenen Haushalt; seither wird das Europäische Parlament an der Verabschiedung des Haushaltsplans beteiligt. Die erste Direktwahl der Abgeordneten fand 1979 statt.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 wurde der Begriff "Europäisches Parlament" endlich rechtskräftig, und seit dem Maastrichter Vertrag kann das Parlament Gesetze gegen den Willen des Ministerrates verhindern. Immer stärker hat sich seither das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat durchgesetzt. Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon sieht die Mitentscheidung nunmehr als "normales Gesetzgebungsverfahren" an.

Als Robert Schuman am 19. März 1958 das Amt als erster Präsident der Europäischen Parlamentarischen Versammlung antrat, war eine derart positive Entwicklung kaum vorherzusehen. In seiner Rede zeigte er sich besorgt darüber, daß die europäische Einigung durch eine technokratische Sicht der Dinge verkümmern könnte. Er beendete seine Ansprache mit einem Bekenntnis zur Einigung Europas, die eine Wertegemeinschaft der freien Völker unseres Kontinents bilden müsse: "Möge Europa Erfolg darin haben, das komplette Erbe zu aktivieren, das allen freien Völkern gemeinsam ist."

Aus gutem Grund wird der 9. Mai zur Erinnerung an die Verkündung des Schuman-Plans als "Europatag" begangen.<<

**17.05.2010**

**BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 17. Mai 2010 über die terroristische "Rote-Armee-Fraktion": >>**Chronologie - Vom Kaufhausbrand zur Selbstaflösung: die Terrorgeschichte der RAF****

Die "gezielt tödlichen Aktionen" der drei RAF-Generationen kosteten seit 1972 mindestens 36 Menschen das Leben. Ein Rückblick.

**DIE ERSTE GENERATION:**

**1968:** Eine Gruppe um die späteren RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin zündet am 2. April in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze, um den Einsatz von Napalm-



Bomben im Vietnamkrieg anzuprangern. Innerhalb der Studentenbewegung markiert die Tat einen Wendepunkt: Während die Mehrheit weiter auf friedliche Proteste setzt, propagiert eine radikale Minderheit den Untergrundkampf.

**1970:** Am 14. Mai befreit ein Kommando um die ehemalige "Konkret"-Journalistin Ulrike Meinhof den in Berlin inhaftierten Baader. Die Aktion gilt als Geburtsstunde der RAF. Baader, Ensslin und der Anwalt Horst Mahler setzen sich nach Jordanien ab. In einem Lager der Palästinenser-Organisation Fatah werden sie militärisch ausgebildet.

**1972:** Der amerikanische Offizier Paul A. Bloomquist ist am 11. Mai der erste Bombentote der RAF. Zwölf Tage später sterben drei weitere Soldaten bei einer Sprengstoffattacke auf das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg. Am 1. Juni nehmen die Fahnder mit Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe den harten Kern der RAF fest. Kurz darauf gehen der Polizei auch Ensslin und Meinhof ins Netz.

#### **DIE ZWEITE GENERATION:**

**1975/76:** RAF-Terroristen besetzen am 24. April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm und nehmen zwölf Geiseln. Ihre Forderung, die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Anführer freizulassen, lehnt die Bundesregierung ab. Zwei Diplomaten und zwei Geiselnehmer sterben. Am 9. Mai 1976 erhängt sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle.

**1977:** Im Jahr des "Deutschen Herbstes" überzieht die zweite RAF-Generation die Bundesrepublik mit einer Serie von Attentaten, um die Stammheimer Gefangenen freizupressen. Generalbundesanwalt Siegfried Buback wird am 7. April in Karlsruhe erschossen, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto am 30. Juli in Oberursel.

In Köln verschleppt ein RAF-Kommando am 5. September Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer, dabei sterben dessen vier Begleiter. Der Bundestag beschließt das Kontaktsperre-Gesetz.

Am 13. Oktober kapern palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine "Landshut". Trotz der kaltblütigen Erschießung des Flugkapitäns bleibt Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hart und läßt das Flugzeug von der Grenzschutz-Elitetruppe GSG 9 stürmen. Daraufhin begehen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord. Schleyers Leiche wird im elsässischen Mühlhausen gefunden.

#### **DIE DRITTE GENERATION:**

**1985/86:** Nach der Festnahme der Rädelsführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt 1982 setzt die dritte Generation der RAF die Welle der Gewalt fort. Am 1. Februar 1985 stirbt MTU-Chef Ernst Zimmermann.

Ein Bombenattentat auf die Frankfurter US-Airbase am 8. August 1985 fordert drei Opfer.

Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts wird am 9. Juli, der Diplomat Gerold von Braunmühl am 10. Oktober 1986 ermordet.

**1989-93:** In Bad Homburg stirbt am 30. November 1989 Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen durch eine automatisch gezündete Bombe. Der Treuhand-Vorsitzende Detlev Karsten Rohwedder wird am 1. April 1991 in Düsseldorf von einem Scharfschützen niedergestreckt.

In den 90er Jahren nehmen zahlreiche RAF-Aussteiger die Kronzeugenregelung wahr. Letztes Terroropfer ist der GSG-9-Beamte Michael Newrzella. Er kommt am 24. Juni 1993 bei einer Festnahmeaktion in Bad Kleinen ums Leben.

**1998:** Selbstaflösung der RAF am 20. April. Reue zeigen die Terroristen in ihrer Erklärung kaum, sie üben lediglich Selbstkritik am eigenen Vorgehen: "Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte."<<

**USA:** Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 17. Mai 2010: >>"**Churchill, Hitler und der unnötige Krieg**" - Hitler? Harmlos!

US-Politiker Pat Buchanan behauptet, den wahren Schuldigen für alle Übel des Zweiten

Weltkriegs gefunden zu haben: Winston Churchill. Doch Buchanan ist ein miserabler Historiker.

Im Januar 1941 erklärte das Magazin "Time Sir" Winston Churchill zum "Mann des Jahres": Mutig kämpfte Großbritannien unter seiner Führung gegen das mächtige NS-Reich. Und wenn die britische Moral sank, sorgten Churchills überwältigende Reden für eine neue Hausse. Der Premierminister war für den Krieg gemacht. Als er von Britanniens "größter Stunde" sprach, meinte er damit nicht zuletzt seine eigene. 2002 wählte das Publikum der BBC Winston Churchill zum größten Briten aller Zeiten.

Es gibt freilich Leute, die Churchill so gut nicht wegkommen lassen wollen. In diesem Frühjahr hat der Schriftsteller Nicholson Baker eine Sammlung zeitgenössischer Zitate über "den Beginn des Zweiten Weltkriegs" publiziert: "Human Smoke" hält den Pazifismus hoch und die Zitate, die Baker gesammelt hat, sind so arrangiert, daß Churchill als fanatischer Kriegstreiber erscheint, der sich wie ein unbelehrbar ungeduldiger kleiner Junge alle paar Wochen aufs Neue erkundigt, ob man nicht endlich die deutschen Wälder abfackeln könne.

Jetzt ist ein neues Buch herausgekommen, das - aus einer anderen Perspektive - auch ein vernichtendes Urteil über Churchill fällt.

Der schillernde amerikanische Politiker Pat Buchanan macht den Briten für fast alles Üble verantwortlich, was im Zweiten Weltkrieg und in seiner Folge geschehen ist ("Churchill, Hitler, and the Unnecessary War", Crown, New York 2008).

In den neunziger Jahren versuchte Buchanan zweimal vergeblich, republikanischer Präsidentschaftskandidat zu werden. 2000 gelang es ihm, allerdings nicht an der Spitze der Republikaner, sondern bei der rechts-erratischen Reform Party. Nachdem deren staatliche Zuschüsse für Buchanans Wahlkampf aufgebraucht waren und sein Wahlergebnis zu wünschen übrigließ, kehrte er zu den Republikanern zurück. Nebenbei bemüht er sich, die Geschichte umzuschreiben.

"Churchill, Hitler und der unnötige Krieg": So heißt Buchanans Werk, ein politisches Pamphlet, in dem der Autor dazu aufruft, Lehren aus der Geschichte zu ziehen: Anstatt eine Churchill-Büste im Weißen Haus aufstellen zu lassen, schreibt er, wäre George W. Bush gut beraten gewesen, Churchills schwere Fehler zu erkennen und daraus zu lernen.

Buchanan findet, Großbritannien hätte viel besser daran getan, sich nicht auf einen Krieg gegen Nazideutschland einzulassen. Churchills Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg sei Schuld daran, daß Britannien sein Empire verloren habe. Für Hitlers Ziele, die Buchanan umdefiniert, hegt er Sympathien: Hitler habe lediglich die ungerechten Landverluste, die der Versailler Vertrag festlegte, revidieren wollen. Zu weiteren Eroberungen sei er von Churchill nachgerade gezwungen worden; dessen Beistandsgarantie für Polen habe die polnische Führung ermutigt.

### **Bushs falsche Büste**

Diese sei zu Verhandlungen über den "polnischen Korridor" nach Danzig nicht mehr bereit gewesen, so daß Deutschland geradezu in einen Krieg gegen Polen hineingetrieben worden sei. Auch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion betrachtet Buchanan als Ergebnis des Eintritts der Briten in den Krieg: Erst wenn Stalin geschlagen wäre, habe Hitler hoffen können, Großbritannien in die Knie zu zwingen - ein Land, mit dem er gern in Frieden gelebt hätte.

Buchanan haßt den Kommunismus mehr als alles andere. Hätte Churchill im März 1939 nicht zugesagt, Polen militärisch zu Hilfe zu kommen, wenn es von Deutschland angegriffen werde, dann hätte die Sowjetunion allein gegen Hitler kämpfen müssen. Und dann, so meint Buchanan, wäre der Kommunismus weltweit wohl erledigt gewesen: "Der Bolschewismus hätte vernichtet werden können. Mit dem Kommunismus hätte es 1940 zu Ende sein können." Und so wäre es nicht zur "Versklavung von hundert Millionen Christen" gekommen. Der Katholik

Buchanan meint die Völker der ehemaligen Sowjetunion.

Buchanan macht sich nicht die Mühe, Widersprüche in seinem Buch aufzulösen. Einerseits nimmt er an, Deutschland sei einzig an der Expansion nach Osten interessiert gewesen; und ohne den Eintritt Großbritanniens in den Krieg, hätte das Dritte Reich die Sowjetunion bald besiegt. Andererseits behauptet er, Hitler sei in der Sowjetunion nur deshalb eingefallen, um letztlich über Großbritannien zu triumphieren; hätte er die Briten nicht niederringen wollen, wäre ihm ein Krieg gegen die Sowjetunion nicht nötig erschienen.

Zur Charakterisierung von Buchanans Buch gibt es im Englischen eine treffende Redewendung: Die Lücken in der Argumentation sind so groß, daß da ein Laster durchfahren könnte. Dem möglichen Einwand, ein siegreiches Drittes Reich hätte das KZ-System noch weiter ausgebaut, begegnet Buchanan mit der Behauptung, die Einrichtung von Vernichtungslagern sei überhaupt erst eine Folge des Weltkriegs gewesen, der wiederum ohne die britische Kriegserklärung nicht begonnen hätte. Ja, so wäre denn letztlich Churchill verantwortlich für die Vernichtung der Juden.

Zur Untermauerung seiner Thesen zitiert Buchanan bis zur Verfälschung selektiv aus Hitlers Reden. Andere Figuren und Institutionen des NS-Reichs zieht er so gut wie nicht in Betracht. Die megalomane Dynamik, die Hitler und dem NS-System eigen war, übergeht er. Henry Kissinger hat darauf hingewiesen, daß die britische Presse und mit ihr die Öffentlichkeit nach dem Beginn des Polenfeldzugs unbedingt dafür war, Hitler zu bekämpfen.

Hätte Churchill das anders gesehen, wäre er 1940 wohl nicht Premierminister geworden. Auch das ignoriert Buchanan. Den Unterhaltungswert seiner Nonsens-Ideen beiseitegelassen, ist es interessant, warum er sie überhaupt aufschreibt.

#### **Buchanans Ideen sind nicht neu**

Der Gedanke, Churchill habe einen Fehler gemacht, als er dem Dritten Reich den Krieg erklärte, ist alt. Daß Großbritannien nicht bloß die Sowjetunion zur Weltmacht werden ließ, sondern zudem auch 1945 finanziell ruiniert war und deshalb sein Empire nicht mehr aufrechterhalten konnte, hat vor rund 50 Jahren schon der Historiker A. J. P. Taylor moniert, der immer gern das Gegenteil von dem sagte, was alle dachten.

Buchanans Parteinahme für Chamberlains Appeasementpolitik ist auch nicht neu. Nach 1945 hat es sich eingebürgert, mahnend daran zu erinnern, daß Chamberlain und Daladier in München 1938 über den Kopf der tschechoslowakischen Regierung hinweg Hitlers Anspruch auf das Sudetenland stattgaben. Chamberlain währte, damit den Frieden zu bewahren, und bestränkte das Dritte Reich doch nur in seinem Expansionsdrang.

Auf das Münchner Abkommen bezieht sich seither, wer falsch verstandenen Friedenswillen brandmarken und einen Angriffskrieg rechtfertigen will. Aber schon anlässlich der Suezkrise 1956 und dann anlässlich des Vietnamkriegs warnten Kritiker davor, aus dem Münchner Abkommen eine falsche Lehre zu ziehen.

#### **"America First"**

1993 wollte der rechte britische Historiker John Charmley Churchill vom Sockel stürzen. Der Kriegspremier habe nur zwei Dinge erreicht: Das Empire sei verspielt und Großbritannien zum Mündel der USA gemacht worden ("Churchill: The End of Glory"). Der inzwischen verstorbene britische Historiker und konservative Politiker Alan Clark, auch er ein Freund absurder Theorien, setzte dem noch eins drauf: Nicht gegen Hitler hätte Churchill kämpfen sollen; wäre Großbritannien weitsichtig gewesen, hätte es seinen wahren Gegner schon damals in den USA erblickt.

Mit seinen exzentrischen Thesen ist Patrick Buchanan in passender Gesellschaft. Auffällig ist indes, daß er sich mit seiner Fürsprache für Chamberlain eine Argumentation zu eigen macht, die zumeist Linke und Pazifisten vorgetragen haben. Doch anders als sie hält Buchanan Chamberlains Appeasementpolitik für vernünftig, weil er ein Anhänger des Isolationismus ist,

der früher auch unter dem Rubrum "America First" firmierte.

Er findet es großartig, daß die USA erst Ende 1941 in den Zweiten Weltkrieg eintraten und erst im Sommer 1944 eine zweite Front zu Lande gegen Hitlerdeutschland eröffneten: So habe Amerika Ressourcen gespart und später "das Empire beerben" können.

### **Und dann? Der Dritte Weltkrieg**

Genauso sieht Buchanan das auch. "Amerika", schreibt er, "ist die letzte Supermacht, weil es sich aus beiden Weltkriegen bis kurz vor Schluß herausgehalten hat." Vernünftig sei es gewesen, "Vorposten der Sowjetunion" - Afghanistan, Angola und Nicaragua - von "Stellvertretern" attackieren zu lassen. Amerikanische Truppen hätten in Afghanistan und im Irak nichts zu suchen, in weit entfernten Ländern, von denen man in den USA nichts weiß.

Verfehlt sei es, daß die Bush-Regierung Nato-Beistandsgarantien an die Baltischen Republiken und andere Staaten im Umfeld der ehemaligen Sowjetunion ausgegeben habe: "Bush treibt Rußland China in die Arme." Und wenn ein Krieg ausbreche, weil Rußland sich anders gegenüber einem kleinen, von der Nato-Garantie aufgeplusterten Nachbarn nicht mehr zu helfen wisse, müßten die USA Rußland den Krieg erklären - genauso wie Churchill dem Hitlerreich wegen der Garantie für Polen den Krieg habe erklären müssen. Das wäre dann der Dritte Weltkrieg.

Buchanan ist ein miserabler Historiker. Als bornierter "America First"-Mann, der er ist, wäre er vermutlich auch ein schlechter Staatschef, nicht besser als George W. Bush. Aber seine vernichtenden Kommentare über dessen Politik sind lesenswert. Sie treffen sich im Ergebnis mit der Kritik der Linken und Liberalen an Bush. Eine solche Bewertungsallianz der Rechten, Ultrarechten, Linken und Liberalen geschmiedet zu haben - das ist eine Leistung von George W. Bush.<<

**18.09.2010**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 2010 (x887/...): >>>Mutiger bekennen**

Der Entchristlichung der Gesellschaft entgegneten

Andreas Püttmann behandelt in "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands" ein eminent wichtiges Thema, das wohl alle angeht. So verändere der Verlust des Glaubens das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft.

"Diagnose", "Prognose" und "Therapie" lauten die Überschriften der drei Hauptteile. "Diagnose" bringt wenig Neues. Doch das, was wir zu wissen glauben, "Kirchenschwindsucht", "Glaubensdepression", "atheistische Militanz" und anderes mehr, wird solide untermauert. Nach der Lektüre dieser Seiten glaubt man nicht länger zu wissen, man weiß es.

Auch die Prognose wird den nicht überraschen, der nicht bezweifelt, daß eine gute Lehre besser geeignet ist, den Menschen zum Guten zu führen als ein ethisches Vakuum oder gar eine destruktive Ideologie. Schon eine alte Weisheit besagt, daß "tausend Schwarze zehntausend Grüne ersetzen", also daß Pfarrer Polizisten entbehrlich machen. Liebe statt Hass, Vergebung statt Rache, das Leben ist heilig. Wer es fassen kann, der fasse es.

Mit Spannung werden die meisten die Therapievorschläge lesen. Gibt es ein Heilmittel? Zunächst werden Irrwege aufgelistet: "Selbstsakularisierung", "Anpassung", "Politisierung". Wenn unter "Selbstsakularisierung" der Beichtstuhl angeführt wird, so gilt es zu bedenken, daß in den Kirchen seit Jahrzehnten kaum noch von Sünde und Schuld die Rede ist, und wenn, dann mit Blick auf jene, die zwischen 1933 und 1945 gelebt haben. Der aktuelle Katechismus der katholischen Kirche trägt gleichsam die Unterschrift zweier Päpste. Doch wann wird er von den Geistlichen thematisiert? Selbst der Vatikan erwähnt ihn nicht, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Sonst käme man zu anderen Ergebnissen.

"Anpassung": Eine der Ursachen der "Mibrauchsskandale" war sicherlich das Bemuhlen, den sexistischen Zeitgeist nicht zu versaumern - ein miverstandenes Aggiornamento (Aktualisie-

rung). Der Irrweg "Politisierung" wird insbesondere mit Beispielen aus dem Protestantismus untermauert: Die "Deutschen Christen" 1933 bis 1945, dann in der "DDR" die "Kirche im Sozialismus". In der Bundesrepublik bekämpften Bischöfe lautstark die Nachrüstung des Westens. Die Vorrüstung des Ostens war tabu.

Mutiger bekennen, treuer beten, fröhlicher glauben, so lauten die Appelle an jeden, der Gott weiterhin in der Gesellschaft begegnen möchte. Und als Trost: Die Entchristlichung ist ein europäisches, aber kein weltweites Phänomen.

Allen, denen das Wohl der Gesellschaft am Herzen liegt, allen, die mit ihrer Kirche leben und leiden, kann "Gesellschaft ohne Gott" empfohlen werden.

Andreas Püttmann: "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands", Asslar 2010 ...<<

**25.09.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. September 2010 (x887/...): >>>**Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken**

Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt"- und "Diversity"-Konzepten darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."

Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."

Das vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel maßgeblich initiierte Parteiausschlußverfahren gegen Sarrazin könnte so zum Bumerang für die Sozialdemokraten werden. Schließlich wendet sich eine große Zahl der SPD-Mitglieder gegen einen Ausschluß. Indes kann die derzeitige Parteiführung kaum noch anders handeln, denn zu stark ist die Partei bereits in den Großstädten durchsetzt mit Einwanderern. Eine Sarrazin-Figur paßt also zunehmend weniger in das Konzept einer "multikulturell" agierenden SPD, die die alten deutschen Stammwähler möglichst lange verbal ruhig zu stellen versuchen wird.

Ähnliche Verwerfungen zwischen dem linken Funktionärskörper und der sozialen Basis könn-

ten sich auch bei der Partei "Die Linke" ergeben. Schließlich würden nach einer aktuellen Umfrage 29 Prozent ihrer Wähler einer fiktiven Partei rechts der Union ihre Stimme geben, weitaus mehr also als etwa im CDU-Wählerreservoir (17 Prozent).

Oskar Lafontaine, der gelegentlich verbal die nationale Karte gespielt hat, ist sich dieser sozial-nationalen Grundstimmung in der linken Wählerschaft durchaus bewußt. Und so herrscht gerade bei der "Linken" die berechtigte Angst, das in den letzten Jahren angesammelte Protestwählerpotential zu verlieren, wenn sich denn eine akzeptable Wahlalternative - möglichenfalls von rechts - formieren würde.

Die radikale Linke, sogenannte "Antifaschisten" oder "Autonome", können bei den Auswirkungen der Sarrazin-Debatte außen vor gelassen werden. In diesem, maßgeblich vom studentischen Lumpenproletariat der Gesellschaftswissenschaften getragenen, Milieu herrscht seit vielen Jahren geistiger Stillstand. Meist beschränkt er sich mittlerweile in einem pathologischen Haß auf die deutsche Nation. Die Sarrazin-Debatte ist ihnen nur ein weiterer Grund für die üblichen Sitzblockaden, Schrei- und Gewaltaufmärsche, die der Einschüchterung Andersdenkender dienen sollen.

Die Qualität der Situation ist neu, und der Unterschied zu bisherigen Kampagnen gegen Abweichler vom politisch-korrekten und "multikulturellen" Weg der bundesdeutschen Politik liegt in vier Punkten:

1. Thilo Sarrazin ist keine Randfigur. Er war Finanzsenator von Berlin und Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Das unterscheidet ihn von in den Medien wenig präsenten Wissenschaftlern (Robert Hepp, Ernst Nolte), politischen Hinterbänkclern (Martin Hohmann) oder medialen Nebenfiguren (Eva Hermann). Sarrazin ist also ein Dissident aus dem Zentrum des Machtapparats. Viele Veränderungen entstehen nicht von außen, sondern anfänglich im Inneren.

2. Sarrazin kommt von der politischen Linken und hat sich auch keinesfalls als Renegat präsentiert. Das macht eine der sonst üblichen linken Kampagnen schwieriger, die vorzugsweise Vertreter des politischen Konservatismus "rechtsradikaler" Tendenzen bezichtigt. Eine "Rechtsradikalismus"-Debatte würde auf die Sozialdemokratie zurückfallen.

3. Sarrazin vermied Attacken an der stärksten Bastion der Etablierten - dem fast religiös verteidigten Geschichtsbild zur NS-Vergangenheit. Der "Juden-Gen"-Ausrutscher reichte nicht für eine größere Kampagne. Das ist der größte Unterschied zu den erfolgreichen Kampagnen gegen Ernst Nolte (1986), Steffen Heitmann (1993), Martin Hohmann und Reinhard Günzel (2003), bis hin zu Eva Herman (2007). Sarrazin hingegen blieb in der Gegenwart. Die von ihm angesprochenen Probleme betreffen faktisch alle Teile des Volkes, in Zukunft vor allem die jungen Menschen.

4. Sarrazin ist intellektuell derart fundiert, daß er standhaft blieb und nicht in die "sozialistische Selbstkritik" verfiel. Das unterscheidet ihn etwa von einem Günther Oettinger.

Die Rezeption des Sarrazin-Buches hat zudem erst angefangen, da die bislang 400.000 Käufer mitten im Lesen stecken. Die Eliten können nur versuchen, Zeit zu schinden, aber die Probleme kehren verstärkt wieder. Und da der herrschende Parteienblock keine Antwort mehr hat und sich so eindeutig in Richtung eines demographischen Umbaus der deutschen Gesellschaft festgelegt hat, wissen dessen Führungskräfte auch, daß ein Scheitern ihres Weges dazu führen könnte, daß sie unmittelbar zur Verantwortung dafür gezogen werden.

Die Verunsicherung der Funktionseliten heißt allerdings nicht, daß nun eine "Wende" unmittelbar bevorstehe, die sich einer nachhaltigeren Bevölkerungspolitik annähme. Möglich ist auch, daß zuerst die Repressionsschraube weiter angezogen wird, etwa via zunehmender Kontrolle über das bislang freie Medium Internet oder verschärfte Strafjustiz.

Das Thema aber bleibt virulent. Die Diskussion darüber kann durch allerlei Ablenkung vielleicht eine Weile aus den Medien gehalten werden, wird bei nächster Gelegenheit aber um so

heftiger wieder an die Oberfläche treten. Insofern hat Doris Neujahr durchaus treffend in der "Jungen Freiheit" gefragt: "Thilo Sarrazin hat das Seine getan. Wer macht weiter?"<<

**03.10.2010**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. Oktober 2010: >>Die erste deutsche Revolution**

Von *Michael Stürmer*

Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?

9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.

In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.

Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.

Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.

Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskünder, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.

Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."

Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.

Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mit Terrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-

Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.

Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich". Daß Rußland bei alledem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypotheken der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.

1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche gegen Österreich ein Scheidungskrieg. Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.

Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt. Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.

Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck. Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.

Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmettete: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.

In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung - Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus - Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel



nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht. Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".

Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<

**09.10.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Oktober 2010 (x887/...): >>**Polemik ohne Beleg**

Wie Prof. Wolfgang Benz Konrad Löw zu widerlegen versuchte

Wie standen die Deutschen in der NS-Zeit zur Politik der Judenverfolgung? Es ist gesichert, daß vor den für die Machtergreifung entscheidenden Reichstagswahlen von 1932 und 1933 die NSDAP auf öffentliche antisemitische Agitation weitgehend verzichtete - offenbar im Wissen, wie unpopulär dieser Teil ihres Programms war. Auf der anderen Seite ist klar, daß nicht nur die meisten Vollstrecker des Holocaust Deutsche oder Österreicher waren, sondern daß es dem Regime keine Schwierigkeiten bereitet hat, beispielsweise Abnehmer für geraubtes jüdisches Eigentum zu finden. Niemand hätte dergleichen annehmen müssen, auch nicht in der schlimmsten Diktatur.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die seriöse Forschung über Art und Umfang der Unterstützung, die der mörderische Antisemitismus des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung hatte. Konrad Löw gehört dabei zu denjenigen, die insbesondere anhand der Aussagen jüdischer Opfer nur geringe Sympathien unter den Deutschen für die Judenpolitik des NS-Regimes nachweisen zu können glaubten. Seine Kritiker tun sich mit seinen Arbeiten schwer, da es kaum möglich ist, Löw zu widersprechen ohne gleichzeitig die Glaubwürdigkeit seiner meist jüdischen Zeugen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem steht Löw seit längerem im Fokus massiver Kritik, ja harter Polemik.

Bezeichnend dafür ist eine Passage aus einem Interview in der "Welt" vom 14. April 2007. Der Redakteur Sven Felix Kellerhoff fragte darin den bekannten Historiker und Antisemitismusforscher Professor Wolfgang Benz: "Konrad Löw schreibt, der Holocaust habe nicht mit Billigung oder gar Hilfe des deutschen Volkes stattgefunden."

Benz antwortete: "Die These ist nicht neu, sondern die uralte Lebenslüge von ein bis zwei Generationen Deutscher, die sich zusammenfassen läßt: Erstens hätten die Deutschen von der Judenverfolgung und ihrem schrecklichen Höhepunkt nichts gewußt; zweitens hätten sie die antisemitische Politik stets mißbilligt; drittens sei eine kleine Bande Bösewichter verantwortlich, die auf unerklärliche Weise Macht über das deutsche Volk bekommen habe."

Doch genau so argumentiert Löw nachweislich gerade nicht. Er differenziert sehr genau zwischen den tatsächlichen Tätern und den ebenfalls schuldig Gewordenen, die zustimmend schwiegen, auf der einen Seite und denjenigen, die die Judenverfolgung eben doch - wenn auch meist schweigend - ablehnten. Benz' harsche Kritik an Löw in dem zitierten Interview ("für die Wissenschaft unnütze Thesen", "nicht an Aufklärung interessiert", "Ideologieproduzent") kommt ohne ein wörtliches Zitat des Angegriffenen aus.

Kaum haltbar ist die von Benz zu Beginn des Interviews geäußerte These "Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hätte die Verfolgung gar nicht stattfinden können."

Es ist nun einmal kennzeichnend für Diktaturen, daß sie auf den Mehrheitswillen keine Rücksicht nehmen müssen. Auch Stalins Politik der Deportation ganzer Völker kam ohne einen entsprechenden Mehrheitswillen aus.<<

**04.12.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Dezember 2010 (x887/...): >>**Rufrettung durch Zeitzeugen**

Konrad Löw belegt, daß die Deutschen nicht antijüdisch eingestellt waren

Konrad Löw, Emeritus der Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth, präsentiert zum Trauma des Holocaust vier Jahre nach seinem Buch "Das Volk ist ein Trost" mit "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" eine umfangreichere Dokumentation von Zeitzeugnissen mit Erörterungen der Schuldfrage.

Bisher wurde "Das Volk ist ein Trost" von Fachhistorikern links liegen gelassen. Paßte ihnen die Tatsache zu wenig in das von den Siegermächten dekretierte und in Deutschland mit einem "masochistischen Schuldbewußtsein" (Alfred Grosser) gepflegte Geschichtsbild - war es deshalb zu karriereschädlich, dies anzufassen?

Löw führt an, daß Deutsche größtenteils frei von Antijudaismus waren, obschon Juden - nur knapp ein Prozent der Bevölkerung - zur Weimarer Zeit, beruflich und finanziell hervorragend erfolgreich waren. Kein Zeitzeuge führt Hitlers Erfolg auf seinen Antijudaismus zurück, der in der Wahlpropaganda kaum vorkam, sondern auf seinen Kampf gegen die Erniedrigung und Verelendung Deutschlands durch Versailles.

Der Autor hat 354 Aufzeichnungen von 300 jüdischen oder mit Juden verheirateten Zeitzeugen und rund 270 Zeitzeugnisse von nichtjüdischen Deutschen, besonders in den Deutschlandberichten der Exil-SPD, von ausländischen Diplomaten und Journalisten sowie von Verantwortlichen des NS-Regimes ausgewertet. Die jüdischen Zeugnisse aus allen Regionen Deutschlands sprechen dafür, daß die allermeisten Deutschen die Judenverfolgung verurteilt haben, wie viele Hundert positiver Einzelaussagen belegen. Negativ ist nur knapp jede zehnte, die aber meist Einzeltaten wie Verhöhnungen durch Jugendliche oder einige tätliche Angriffe durch Pöbel betreffen.

Dagegen umfassen die positiven Zeugnisse meist Zeiträume oder mehrfach Erlebtes: einen jahrelangen normalen Schulalltag jüdischer Kinder, Bekundungen von Abscheu der Drangsalierung, Sichern von Eigentum durch "Aufbewarier", von Hilfe durch Verstecken und Versorgen Einzelner oder ganzer Familien; ein Zeuge spricht von 66 Quartieren, ein anderer von 70 Helfern.

Aussagekräftig ist auch, daß selbst die, welche Hilfe verweigerten, nur selten denunzierten. Sehr beachtlich ist, daß sogar einige überzeugte Nationalsozialisten, Beamte, Angehörige von SA, SS und Gestapo anständig waren. "Arische" Freundschaften haben sehr oft gehalten, ebenso über neun Zehntel der Mischehen. Fast alle anderen nicht betroffenen Zeugen, ebenfalls die amtlichen und persönlichen Aussagen aus Sicht des Regimes bis hin zu Goebbels und Hitler bestätigen: Das Volk blieb bis zuletzt größtenteils judenfreundlich.

Löws intensive und umfassende Auseinandersetzung mit dem Schuldkomplex ist sehr verdienstvoll. Ausgehend von der "Würde des Menschen" beweist er, daß es nach dem Sittengesetz wie nach Völker- und deutschem Recht keine kollektive "deutsche Schuld" gibt, weil Schuld nur persönlich sein kann und im Einzelfall nachgewiesen sein muß. Das beträfe nach einer Fußnote rund 200.000 Deutsche und (ausländische) Helfer, mithin von damals 79 Millionen weniger als ein Viertel Prozent.

Löw sieht allerdings "Hunderttausende Deutsche" an NS-Verbrechen beteiligt. Da oft schon Nichthelfen als Schuld verurteilt wird, stellt Löw klar: "Unterlassene Hilfe wird erst dann zur Schuld, wenn sie möglich und zumutbar war", mehr zu verlangen, wäre eine moralische Anmaßung. Natürlich kann ein Volk Schuld nicht ererben, auch nicht verschleiert als "immerwährende Verantwortung", die ständig von interessierter Seite, und sogar, pflichtwidrig, amtlicherseits verkündet wird.

Konrad Löw: "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen", Vor- und Nachwort: Klaus von Dohnanyi, Alfred Grosser, ... München 2010 ...<<

**07.12.2010**

**BRD: Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärt am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43):** >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird

Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

**2010**

**BRD:** Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärt im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtet im Jahre 2010 (x863/...): >>Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit

... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.

Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Ghettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun müßten sich die Deutschen assimilieren. Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.

Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde. Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.

Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher – selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde –, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren – in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend –, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten. Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.

Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.

Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

2011

Vormund nimmt so viel, daß Nachmund darben muß.  
*Sprichwort aus Deutschland*

01.01.2011

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Januar 2011 (x887/...): >>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**

von Konrad Löw

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. Über ein paar aktuelle Vorgänge dieses politischen Streits möchte ich im Folgenden berichten.

1. Im August dieses Jahres ist ein kleines Wunder geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat auf meine Beschwerde hin einstimmig festgestellt, daß mich der "Aufschrei" der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Jahre 2004, dem die Veröffentlichung meines Aufsatzes "Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" vorausgegangen war, in meinen Grundrechten verletzt hat - die PAZ hat darüber ausführlich berichtet. Nun hatte ich nie an der Rechtsverletzung gezweifelt, aber Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel. Wenn ich von kleinem Wunder spreche, so deshalb, weil die Erfolgsrate solcher Beschwerden unter einem Prozent liegt.

Die Erfahrung mit dem Gericht bestärkt mich in der Überzeugung, daß es überall anständige Menschen gibt und es vor allem darauf ankommt, ihnen gediegene Beweise zu präsentieren. Hier nun ein Kernsatz aus der Entscheidung: "Von vornherein ausgeschlossen sind Äußerungen (der bpb) gegenüber Einzelnen, die allein dem Bestreben dienen, eine behördliche Auffassung, namentlich eine von der Bundeszentrale für richtig gehaltene spezifische Geschichtsinterpretation zur Geltung zu bringen und als einzig legitim oder vertretbar hinzustellen."

2. Das Urteil hatte einen Aufschrei in der Presse zur Folge. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat korrekt berichtet, von der "Welt" kann man das nicht sagen und am anderen Ende der Skala stand die "Süddeutsche Zeitung". Sie brachte am 29. September auf Seite 1 einen vierspaltigen Artikel unter der Überschrift: "Verfassungsgericht schützt Geschichtsfälschung". Doch wer die "Geschichtsfälschung" sucht, sucht vergebens. Das Ganze ist eine Infamie gegen das Gericht wie gegen mich. Abschließend wird auf die Glosse S. 4 verwiesen. Dort ein Produkt aus Häme und Lüge, alles unter der Überschrift: "Dr. jur. absurd".

Nachdem ich diese Infamien gelesen hatte, stand für mich fest, daß ich alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen muß, um nicht im Sumpf der Journaille unterzugehen. So habe ich Antrag auf Gegendarstellung gestellt, dem das Landgericht München entsprochen hat. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ferner habe ich gegen Heribert Prantl, den Verfasser von "Dr. jur. absurd", Privatklage erhoben. Ob es zu einem Verfahren kommt und wie es endet, wird sich zeigen.

Außerdem habe ich Beschwerde beim Deutschen Presserat eingelegt, der aber nur viermal im Jahr tagt. Der Schluß meiner Beschwerde lautet: "Die 'Süddeutsche Zeitung' ... wird wohl von rund einer Million Menschen gelesen. Wer als anständiger Mensch den zitierten Vorwürfen Glauben schenkt, kann für den, den die Vorwürfe treffen, nur Verachtung übrig haben. Der soziale Tod des Opfers ist offenbar das Ziel der Verleumdungen. Besonders Gewicht erhalten

die Vorwürfe noch dadurch, daß sie der Ressortleiter Innenpolitik, Prof. Dr. Heribert Prantl, erhebt. Ich weiß um meine armselige Position verglichen mit dem Pressegoliath Süddeutscher Verlag. Doch ich vertraue auf das Recht und darauf, daß bei uns Recht vor Macht geht ..."

3. "Hitler und sein Volk" ist der Titel eines Buches, das die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit 2003 vertrieben hat. Auf der Rückseite steht: "Der Autor (gemeint ist ein US-Amerikaner namens Gellately) ... beweist stichhaltig, daß die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wußten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen - durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit." Darunter "bpb", sonst nichts. Dieser "Beweis" widerspricht meinen Erkenntnissen. Daher habe ich das Buch besonders genau gelesen, aber nirgendwo diesen "Beweis" entdeckt. Also wandte ich mich nach und nach an alle mitverantwortlichen Stellen, so den Bundesminister des Innern, den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und das für die bpb zuständige Kuratorium des Deutschen Bundestages. Keine dieser Instanzen hat den "Beweis" verteidigt.

Die Antworten lauteten: Ich würde den Text mißverstehen, der Text gebe nicht die Meinung der bpb wieder, das Buch würde nun nicht mehr ausgeliefert. Nur Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich von dem Text distanziert. Nun ist es tatsächlich so weit: Das Buch steht nicht mehr im Katalog der bpb, obwohl es, so die Auskunft des Vertriebs, immer noch gefragt sei. Offenbar sind auch die Verantwortlichen zu der Einsicht gelangt, daß das Buch gerade nicht beweist, was es beweisen soll. Die vom Steuerzahler finanzierte Bundeszentrale hat ihre Verleumdung "der" Deutschen nicht widerrufen, aber sie verbreitet sie auch nicht weiter - immerhin.

4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter (also die Vorfahren) ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene.

Dr. Konrad Löw ist Jurist und war Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth.<<